

Prof. Dr. Peter Niesen

Vorlesung: Einführung in die Politische Theorie und Ideengeschichte



Siebte Vorlesung:

Demokratie und Wahrheit



Heute

- Demokratie und Wahrheit
 - Ein Standardmodell der Demokratie: Präferenzaggregation
 - Deliberative Demokratie
 - Andere epistemische Ansätze





Demokratierechtfertigung im Wandel

20. Jahrhundert: externe Konsequenzen oder wertvolle Praxis?

- Externe Konsequenzen: Demokratie schützt Freiheiten, Menschenrechte, Frieden, schützt vor Hunger.
- Wert an sich: Republikanismus. Politische Partizipation ist ein Gut an sich.

Heute: instrumentelles oder intrinsisches Verständnis?

- Instrumentelle Demokratiekonzeption: Demokratie erzeugt korrekte Entscheidungen (output)
- Intrinsische Bedeutung: Respekt, Gleichheit, Autonomie (vorrangig *input, throughput,* teils *output*)



Demokratie und Wahrheit I

Ein Standardmodell: Faire Aggregation von Präferenzen



Demokratie: Ein Begriff, drei Konzeptionen

Gemeinsame Voraussetzung: Demokratie ist politische Herrschaft als Kombination von

- A) POLITISCHER GLEICHHEIT UND
- B) POLITISCHER SELBSTHERRSCHAFT/AUTONOMIE

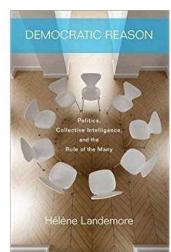
Drei Konzeptionen der Demokratie

I. PRÄFERENZAGGREGATION

BEGRÜNDUNG: FAIRNESS

II. EPISTEMISCHE ANSÄTZE: A) "VOTERS", B) "TALKERS"

BEGRÜNDUNG: WAHRHEIT, VERNÜNFTIGKEIT





Demokratie als Präferenz-Aggregation

"Pluralistische" Demokratietheorie

- Die Interessen jeder Person sollten gleich berücksichtigt werden.
- Jeder ist der beste Experte, was die eigenen Interessen betrifft.
- Also soll jede Person als Gleiche am Treffen politischer Entscheidungen teilhaben können.

Präferentialismus:

Die Präferenzen einer Person geben ihre Interessen wieder und drücken sich in ihren Wahlentscheidungen aus.

(Dahl 1956, vgl. Owen 2003)



Was spricht für Demokratie als Präferenzaggregation?

Demokratischer Präferenz-Utilitarismus:

Jede Person gibt durch ihre Wählerstimme zu erkennen, was ihre Präferenzen sind, und ihre Präferenzen werden als ihre Interessen interpretiert.

- -> Die Mehrheitsmeinung obsiegt, und
- -> das Prinzip der weitestgehenden Erfüllung vorliegender Präferenzen wird realisiert.



Probleme der Demokratie als Präferenzaggregation 1/2

Alle Präferenzen müssen so hingenommen werden, wie sie nun einmal ausfallen.

- -> würdigt nicht, dass Präferenzen zum Teil von sozialen Verhältnissen oder gesetzgeberischen Entscheidungen abhängen
- -> Präferenzen sind im wesentlichen exogen und veränderlich, nicht endogen
- -> oft sind Präferenzen nichtinformiert oder auf andere Weise irrational, d.h. berücksichtigen nicht die langfristigen Lebensinteressen



Probleme der Demokratie als Präferenzaggregation 2/2

 Adaptive Präferenzen: Personen passen ihre Präferenzen schlechten Lebensverhältnissen und beschränkten Erwartungen an.

(Elster 1982)

 Externe Präferenzen: Manche Präferenzen richten sich nicht auf das eigene Leben, sondern darauf, wie gut das Leben anderer verläuft -> ihre Berücksichtigung kann ungerecht sein und führt zur Verzerrung der Ergebnisse von Abstimmungen

(Dworkin 1977, vgl. Rawls' Schleier des Nichtwissens)



Ende des Vorhergehenden

Anfang des Neuen



Demokratie und Wahrheit II

Habermas: Deliberative Demokratie



Jürgen Habermas (*1929) – Einige Hauptwerke

- STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT (1962)
- THEORIE DES KOMMUNIKATIVEN HANDELNS (1981)
- FAKTIZITÄT UND GELTUNG. BEITRÄGE ZUR DISKURSTHEORIE DES RECHTS UND DES DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAATS (1992)
- **ZUR VERFASSUNG EUROPAS** (2011)
- AUCH EINE GESCHICHTE DER PHILOSOPHIE (2019)





Vom kommunikativen Handeln zum Diskurs

These: In der Moderne kann die Koordination gesellschaftlichen Handelns nicht mehr über vorausgesetzte Autoritäten (Mythos, Tradition, Staat, Kirche) gelingen. An ihre Stelle treten die Bindungskräfte sprachlicher Verständigung:

- "Kommunikatives Handeln": Handlungskoordination, Orientierung an Wahrheit, Richtigkeit, Wahrhaftigkeit.
- "Diskurs": Koordination wird problematisch -> Eintritt in handlungs- und entscheidungsentlastete Argumentation.
 - Jeder darf alles problematisieren, auch die Ausgestaltung und Routinen von Diskursen selbst.

(Habermas 1981, Bd. 1)



Eine Alternative zur Präferenzaggregation: Deliberation

Unter Deliberation (D.; von lat. *deliberare* erwägen, beratschlagen, entscheiden) versteht man den Austausch von Argumenten und Gründen in politischen Auseinandersetzungen, die in kollektiv verbindliche Entscheidungen münden.

Zwei historische Wurzeln:

- "deliberative Versammlungen" des 18. Jahrhunderts
- Habermas' Kommunikations- und Demokratietheorie



Deliberative Politik: Annahmen

Annahme: "vorpolitische" Präferenzen und wahrgenommene Interessen können durch Deliberation verändert werden.

- -Neue und bisher unbekannte Aspekte können bekannt gemacht werden.
- -Neue Interpretationen von Interessen können vorgeschlagen werden.
- -Argumente gegen die Verfolgung bestimmter Präferenzen können vorgetragen werden.
- -Es ist nicht undenkbar, dass Teilnehmer am politischen Prozess sich von Argumenten überzeugen lassen.



Präferenzaggregation vs. Deliberation

P-A: Eine kollektive Entscheidung geht hervor aus der gleichmäßigen Berücksichtigung aller betroffenen Personen, wie sie durch ihre Präferenzen wiedergegeben werden,

D: Eine kollektive Entscheidung erwächst aus öffentlichen Argumentationsprozessen aller Betroffenen als freier und gleicher Bürger.



Das deliberative System (1)

Ent-Idealisierung des Demokratiemodells durch

- die Beschränkung auf einen kontingent-abgegrenzten demos,
- die Bewältigung von Zeitdruck für das Fällen bindender Entscheidungen,
- die Einführung des Mehrheitsprinzips,
- -die **Delegierung** von rechtserzeugenden Diskursen in **Parlamente**
- -das parallele Austragen von politischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit



Mehrheitsprinzip

Mehrheitsprinzip unter einer **DELIBERATIVEN** Interpretation:

 kontingente Unterbrechung in fortzuführenden Argumentationen (Interpretation des Unterliegens: vorläufige Niederlage)

Mehrheitsprinzip unter einer **PRÄFERENZ-AGGREGATIVEN** Interpretation:

 Endpunkt des Entscheidungsverfahrens und gleichzeitig Revisionsschwelle



Interpretationen der Stimmabgabe

Präferenz-aggregative Interpretation der Stimmabgabe:

- Versuch, die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen Deliberative Interpretation der Stimmabgabe:
- Versuch, das allgemeine Interesse zu treffen



Das deliberative System (2): Zweigleisige Demokratie

zweigleisige Demokratie: demokratische Rechtsetzung greift auf Deliberation in starken und in schwachen Öffentlichkeiten zurück

"STARKE" Öffentlichkeit: Parlament, Referendum

"**schwache**" Öffentlichkeiten: informelle Foren, Konsultationsprozesse, Zivilgesellschaft, Medien, politische Kultur

Verhältnis starke-schwache Öffentlichkeiten:

ZWEI MODI DER PROBLEMBEARBEITUNG: Normalmodus vs. außerordentlicher Modus.

(Habermas, Faktizität und Geltung, 1992)



"Schleusenmodell" (B. Peters) (nach Habermas 1992)

Offentlichkeit (Peripherie des politischen Systems)

Schleuse (Interessengruppen, etc.)

Schleuse (Parteien, Verwaltungen, etc.)

Rechtsetzung (Zentrum des politischen Systems)



Ende des Vorhergehenden

Anfang des Neuen



Demokratie und Wahrheit III

Wahrheit durch Abstimmungen?



Was spricht für die Mehrheitsregel: Fairness. Mays Theorem

Die Mehrheitsregel ist die einzige Entscheidungsregel, die (für zwei Alternativen und eine ungerade Zahl von Abstimmenden) die Kriterien von

- ENTSCHEIDBARKEIT
- ANONYMITÄT (KEINE PRIVILEGIERUNG BESTIMMTER PERSONEN)
- NEUTRALITÄT (KEINE PRIVILEGIERUNG DES STATUS QUO)
- POSITIVER RESPONSIVITÄT (KEINE LOTTERIE)

erfüllt.

(May 1952, nach Risse)



Was spricht für die Mehrheitsregel: Wahrheit (Condorcet Jury Theorem)

Mehrheitsabstimmung großer Kollektive sind nahezu unfehlbar, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind:

Falls jedes Jury-Mitglied mit mehr als Zufallswahrscheinlichkeit (> 0,5) richtig abstimmt, und alle unabhängig voneinander abstimmen, steigt die Wahrscheinlichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen, gegen 1, je größer die Jury wird.

(Condorcet 1785)

Bedingungen: KOMPETENZ, UNABHÄNGIGKEIT, AUFRICHTIGKEIT.



Jean-Jacques Rousseau als Vorläufer des Jury-Theorems

Gesamtwille vs. Gemeinwille (volonté de tous vs. volonté générale)

"Aus dem Vorhergehenden folgt, dass der Gemeinwille immer Recht hat und immer auf das Gemeinwohl zielt. Aber

es folgt nicht daraus, dass die Beschlüsse des Volkes immer richtig sind." (Rousseau 1995, S. 87f.)

Aufgabe bei der Stimmabgabe ist es, den Gemeinwillen auszudrücken.

"Wenn bei der Beschlussfassung des hinreichend unterrichteten Volkes die Bürger keine Verbindung untereinander hätten, so ergäbe die große Zahl [kleiner Unterschiede] immer den Gemeinwillen, und der Beschluss wäre immer richtig." (Rousseau 1995, S. 88)

Die Folge ist:

"Wenn also die meiner Meinung entgegengesetzte siegt, beweist dies nichts anderes, als dass ich mich getäuscht habe und dass das, was ich für den Gemeinwillen hielt, es nicht war." (117f.)

Peter Niesen 27

Jean-Jacques Rousseau Vom Gesellschaftsvertrag

Reclam



May vs. Condorcet: Interpretationen der Stimmabgabe

Mays Interpretation der Stimmabgabe:

- Versuch, die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen Condorcets Interpretation der Stimmabgabe:
- Versuch, das allgemeine Interesse zu treffen



Ein drittes Theorem: Diversity trumps ability

Demokratie als Problemlösung:

- Experten (sind einander sehr ähnlich) vs.
- Unterschiedliche Arten von Lebenserfahrung (sind sehr heterogen)
- -> Höhere Kapazität für Problemlösung bei Diversität.

(nach Landemore 2013)

-> Gleichzeitig höhere Inklusivität (deliberative Demokratietheorie)



Epistemische Interpretation der Wahl vs. Deliberative Demokratie

- Der neueren epistemischen Theorie (Landemore: voters) fehlt die Dimension der Öffentlichkeit.
- Versuch, sie durch randomisiert zusammengesetzte Mini-Publics zu ersetzen ("Lottokratie")
- Aber Öffentlichkeit kann bei der Herausbildung von Entscheidungsalternativen helfen (zwischen denen per Abstimmung entschieden werden muss).

(Habermas 2006)



Epistemische Demokratietheorie: Einwand I

 Orientierung an optimaler Ergebnisqualität statt an den Interessen der Partizipierenden

Gegeneinwand:

 In der deliberativen Demokratiekonzeption geht es nicht um optimale Ergebnisse schlechthin, sondern um optimale Ergebnisse, insofern sie sich vor den Partizipierenden rechtfertigen lassen.



Epistemische Demokratietheorie: Einwand II

Verstoß gegen politische Gleichheit?

 In der deliberativen Demokratietheorie sollen Gesetzgebungsverfahren so gestaltet sein, dass sich verallgemeinerbare Interessen durchsetzen, nicht aber automatisch die Interessen eines jeden in gleichem Umfang berücksichtigt werden.



Literatur:

Literatur:

Condorcet, Jean-Antoine-Nicolas de Caritat (1785), Essai sur l'application de l'analyse à la probabilité des décisions rendues à la pluralité des voix. Paris

Dahl, Robert A. (1956). A Preface to Democratic Theory, Chicago: Chicago University Press.

Dworkin, Ronald (1977), Taking Rights Seriously. Cambridge, Mass.: Harvard UP.

Elster, Jon (1982), Sour grapes - studies in the subversion of rationality, in Sen, Amartya; Williams, Bernard, Hg., *Utilitarianism and beyond*. Cambridge: Cambridge University Press. 219–238.

Habermas, Jürgen, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M. 1992.

Landemore, Helene 2013, Democratic Reason. Politics, Collective Intelligence, and the Rule of the Many. Princeton: Princeton UP.

May, Kenneth O. (1952), A Set of Independent, Necessary, and Sufficient Conditions for Simple Majority Decision, *Econometrica* 20, 4, 680–84.

Peters, Bernhard, *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt/M. 1992.

Weitere Einführungsliteratur:

Owen, David, Democracy. In: Richard Bellamy/Andrew Mason (Hg.), Political Concepts. Manchester UP 2003.

Illustrationen: Verlage. Fotos: Wikipedia



Habermas, Jürgen (2008), Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: ders.: *Ach, Europa*, Frankfurt a. M., 138–191.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!